

In unserer dreiteiligen Serie „Der Preis der Töne“ beleuchten wir die fundamentale Krise der GEMA.

In den letzten zwei Jahren gab es heftige Debatten über die Verteilungsschlüssel innerhalb der GEMA-Sparten (U-Musik vs. E-Musik). Der Kern des Streits: Große Verlage und „Top-Verdiener“ profitieren systemisch stärker von Pauschalauszahlungen. Die Reform nun soll einiges ändern: Kleinere Urheber*innen fordern eine transparentere und „basisnähere“ Verteilung, die besonders Live-Auftritte in kleinen Clubs fairer entlohnt, statt nur die Radio-Charts zu bedienen. Was als solidarisches Schutzschild für Komponist*innen begann, droht im Jahr 2026 unter dem Druck von Algorithmen und Markteffizienz zu zerbrechen. Wir blicken auf die Wurzeln, die Fronten und die Zukunft unserer Musikkultur.

Heute: Wer zahlt und wer bekommt?

Wenn man die prunkvollen Foyers der Musikgeschichte verlässt und die kühlen Büros der GEMA-Zentrale in München betritt, ändert sich die Sprache. Hier regieren nicht mehr Partituren, sondern Bilanzen und Rechtsgutachten. Der Kern der aktuellen GEMA-Reform lässt sich auf ein Wort reduzieren: Äquivalenz.

Hinter diesem Begriff verbirgt sich eine juristische Zäsur. Wie der Bundesgerichtshof (BGH) bereits in seinem richtungsweisenden Urteil von 2011 festschrieb, muss die Verteilung der Einnahmen streng dem wirtschaftlichen Wert der Nutzung folgen. Für den GEMA-Vorstand ist die Reform daher keine Herzensangelegenheit, sondern eine rechtliche Notwendigkeit. In internen Papieren und öffentlichen Stellungnahmen betont die GEMA-Führung (März 2026) immer wieder: *„Wir müssen unsere Verteilungsschlüssel gerichtsfest und marktgerecht gestalten, um im internationalen Wettbewerb gegen profitorientierte Verwerter aus den USA bestehen zu können“.*

Doch was die eine Seite als Modernisierung preist, nennt die andere Seite Verrat. Besonders laut hallt der Protest aus den Bildungsstätten des Landes. In einem beispiellosen Brandbrief der Rektor*innen deutscher Musikhochschulen (April 2026) warnten die Unterzeichner*innen eindringlich: *„Die Pläne, den sogenannten Kulturfaktor massiv zu beschneiden, treffen das Herz der zeitgenössischen Komposition und drohen einen Kahlschlag in der Nachwuchsförderung auszulösen“.*

Die Fronten sind verhärtet: Die Reformbefürworter*innen argumentieren, dass nur eine

„verschlankte und effiziente GEMA“ das Überleben der Urheber*innen im digitalen Zeitalter sichern kann. Die Kritiker*innen halten dagegen, dass neue Fördermodelle wie „Contemporary Classic“ (CCL) lediglich „Nebelkerzen“ seien, die den massiven Rückzug aus der E-Musik-Förderung kaschieren sollen.

Besonders brisant ist dann noch die Frage der Mitbestimmung. Da die Reform die Ausschüttungen für viele Nischen-Genres kürzt, rückt die finanzielle Schwelle für eine „ordentliche Mitgliedschaft“ für junge Komponist*innen in weite Ferne. . Die „ordentliche Mitgliedschaft“ liegt aktuell und primär in einer starren Umsatzgrenze: Nur wer über mehrere Jahre hinweg signifikante Einnahmen durch GEMA-Vergütungen nachweist, erhält das volle Stimmrecht und Zugang zur Altersversorgung. In der Welt der Verteilungsschlüssel wird so also aus dem solidarischen „Wir“ von Richard Strauss ein exklusiver „Club der Etablierten“, in dem, wie es in einem Kommentar der FAZ (Mai 2026) hieß, faktisch das Prinzip „The winner takes it all“ Einzug hält.

Tiefgang statt Bezahlschranke: *Dir ist dieser Artikel ein paar Euro wert? Mit einer Spende via PayPal hilfst du uns, weiterhin unabhängig über die Kulturszene zu berichten.*

